Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Bezugspreis mit Ausnahme der Sonn- und Festtage wochentlich 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger gebracht in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis 40 Pfg. für die 6gespaltene Kurzzeile oder deren Raum, Lokalpreis 30 Pfg., Reklamen 3 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Kurzzeile 2.50 Mk. Nachweisungsgebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 286. — **Freitag den 10. Dezember 1920.** — **79. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Stromversorgung.

Gelegentlich der am letzten Montag in Gröba stattgehabten Besprechung über die derzeitigen Mißstände in der Stromversorgung im Gebiete des Elektrizitätsverbandes Gröba ist die von der Amtshauptmannschaft in letzter Zeit bereits wiederholt erhobene Forderung auf Abhilfe erneut geltend gemacht und, nachdem eine weitere Einschränkung der Stromzuteilung an die Lauchhammerwerke zugunsten des Elektrizitätsverbandes Gröba für unmöglich erklärt wurde, die sofortige Hilfe durch Stromzuführung aus den staatlichen Elektrizitätswerken (Hirschfelde) beantragt worden. Die Notwendigkeit dieser Hilfe, für die die technische Möglichkeit gegeben ist, weil die Leitungsanlage des Elektrizitätsverbandes Gröba mit dem Stromnetz des Staates bereits gekuppelt ist, ist von allen Seiten, insbesondere auch von den Vertretern des Arbeitsministeriums und des Landeskohlenamtes anerkannt worden. Es besteht die Hoffnung, daß dem Verlangen in nächster Zeit entsprochen werden und alsdann eine leichte Besserung in den Stromverhältnissen eintreten wird.

Die vom Elektrizitätsverband Gröba vorgeschriebenen Einschränkungen in der Stromnutzung müssen aber auch weiterhin eingehalten werden. Soll nicht die ganze Stromversorgung in Frage gestellt werden, muß sich insbesondere jeder landwirtschaftliche Betrieb streng **an die Dreschordnung halten.** Zuwiderhandlungen gegen die Dreschordnungen haben eine Ueberlastung der Leitung und der Zentrale in Gröba zur Folge, die zu neuen Störungen der Maschinen und einer weiteren Verminderung der Leitung führen müssen. **Jeder landwirtschaftliche Betrieb, der von jetzt ab gegen die Dreschordnung verstößt, hat zu gewärtigen, daß ihm der Elektrizitätsverband Gröba den Strom für einige Zeit ganz abschaltet.**

Inwieweit das vom Landeskohlenamt und vom Elektrizitätsverband Gröba empfohlene Nachtdreschen durchführbar ist, wird sich nach den Verhältnissen der einzelnen Betriebe richten. In verschiedenen Betrieben ist man bereits mit Erfolg zum Nachtdreschen übergegangen. Da die Motoren in der Nacht ungestört laufen und durch das Nachtdreschen eine Entlastung der Zentrale in Gröba herbeigeführt wird, wird anheimgegeben, die Frage zu prüfen, ob nach den Verhältnissen des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes nicht doch der Nachtdrusch durchführbar ist.

Meißen, am 8. Dezember 1920. 635 W.

1078 **Die Amtshauptmannschaft.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Ententekommission in Oppeln hat den deutschen Antrag auf Ausweisung Korfantys aus Oberschlesien abgelehnt.
* Die Mehrheit der ungarischen Nationalversammlung beabsichtigt, den Erzherzog Josef zum König zu wählen.
* Nach einer französischen Blättermeldung hat die griechische Regierung an König Konstantin die Bitte gerichtet, auf den Thron zugunsten seines Sohnes zu verzichten.
* Japan beantragt, die Frage der deutschen Kabel in der Südsee dem Völkerbund zu unterbreiten.

Beamtenstreik?

Ein fröhliches Weihnachtsfest wird den Beamten diesmal nicht beschieden sein. Darin wird es freilich ihren Brüdern und Schwestern in Deutschland auch sonst zumeist nicht besser gehen. Aber sie glauben, noch ganz besonderen Grund zur Unzufriedenheit zu besitzen, und es sieht fast so aus, als wollte ihre Mißstimmung sich in einer, für alle Beteiligten recht gefährlichen Aktion Luft machen. Die seit vielen Monaten schwebenden Besoldungsfragen gehen endlich ihrer gesetzlichen Regelung entgegen, und es zeigt sich, daß auch diesmal wieder sehr wesentliche Wünsche der Beamtenschaft unerfüllt bleiben sollen. In süddeutschen Postbezirken hat daraufhin die sogenannte passive Resistenz eingesetzt, die, wenn es nicht anders sein kann, zu offenem Streik gesteigert werden soll. Die großen Beamtenverbände sind auf dem Sprunge, entscheidende Entschlüsse zu fassen, und sie scheuen sich nicht, von der Gefahr der Arbeitseinstellung zu sprechen, die man als äußerstes Druckmittel anwenden würde, wenn alle Vorstellungen bei den gesetzgebenden Körperschaften nichts helfen sollten. Wir sind also wieder einmal auf einen kritischen Wendepunkt unseres innerpolitischen Lebens angelangt.

„Es ist," sagen die Beamten, „immer dasselbe: unserer Forderungen erinnert man sich, sie mögen noch so dringlich sein, erst in letzter Linie. Dann ist der Staatssäckel durch die Unsummen sonstiger Bewilligungen und Ausgaben schon so sehr vorbelastet, daß für uns nur noch ein kläglicher Rest übrig bleibt. Inzwischen ist aber auch so viel Zeit verflossen, daß der Notstand, der uns zur Aufstellung neuer Gehaltssätze gezwungen hat, sich tausendfach verschlimmern mußte. Und da die ungeheure Fülle des Beamtenheeres die umständlichsten Überlegungen und Berechnungen zur Pflicht macht, hat sich unsere Lage, wenn endlich der Zeitpunkt der Bewilligung gekommen ist, so erheblich verschlechtert, daß uns mit dem, was uns zugestanden wird, gar nicht mehr geholfen werden kann. Diese Erfahrung haben wir schon mit genug gemacht, jetzt aber, bei der unheimlich fortschreitenden Entwertung des Geldes, können wir dieser Entwicklung nicht mehr wie früher mit stummer Ergebenheit zusehen.

Uns steigt das Wasser bis zum Halse, und wenn wir nicht schreien, so laut und vernehmlich, als unsere schwachen Kräfte es überhaupt zulassen, dann sind wir verloren. Gewiß, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches und der Gemeinden ist begrenzt, aber wir können nicht immer die Opfer dieser Unzulänglichkeit sein, wie wir es bisher zumeist gewesen sind. Kein anderer Stand nimmt auf diese Notlage Rücksicht; nicht die Großindustrie, nicht der Handel, nicht der Verbraucher, und gerade wir, die auf feste Bezüge angewiesen sind, die seit lange schon nicht hinreichen, um auch nur die notwendigsten Ausgaben zu bestreiten, gerade wir sollen uns ducken und ruhig abwarten, bis die Flut des Elends über uns und unseren Familien vollends zusammenschlägt? Nein, dazu wollen und dürfen wir uns nicht hergeben, das widerstreitet allem menschlichen und göttlichen Recht. Wo alles streikt, um zu erreichen, was des Lebens Notdurft heutzutage erheischt, werden auch wir schließlich streiken dürfen, um uns selbst und unsere Arbeitskraft für die Gesamtheit zu erhalten."

Es sieht so aus, als sollte es diesmal nicht bloß bei bloßen Worten bleiben. Deshalb hat der Reichspostminister alle der zunächst betroffene Ressortminister unverzüglich mit scharfen Amtsdrohungen in die Bewegung eingegriffen. Disziplinarverfahren gegen den Beamten, der nicht seiner Dienstpflicht nachkommt, mit dem Ziel der Entlassung, fristlose Entfernung derjenigen Hilfskräfte, die auf Privatvertrag angestellt sind. Das scheint geholfen zu haben, denn schon wird aus Süddeutschland gemeldet, daß die passive Resistenz der Postbeamten im Abflauen begriffen sei. Aber auch die Reichsregierung will sich keiner Pflichtversäumnis schuldig machen. Sie betont in einer amtlichen Veröffentlichung, daß sie nach wie vor auf dem Boden der von der preußischen Staatsregierung im Einvernehmen mit der damaligen Reichsregierung am 20. Februar 1920 abgegebenen Erklärung stehe, deren Wortlaut abermals bekannt gegeben wird, um alle, die es angeht, noch recht nachdrücklich in Erinnerung gebracht zu werden. Sie läuft darauf hinaus, daß die Beamten durch ein besonderes Treuverhältnis an den Staat gebunden sind und deshalb ein Streikrecht nicht für sich in Anspruch nehmen können.

Gewiß, das Koalitionsrecht besitzen sie, wie alle übrigen Staatsbürger auch, aber das Recht, auf Staat und Gemeinden durch Niederlegung der Arbeit einzuwirken, um ihren Willen durchzusetzen, stehe ihnen nicht zu, weil dadurch die öffentliche Verwaltung vollends lahmgelegt werden würde, und weil ihnen jederzeit der Weg zu den parlamentarischen und kommunalen Vertretungen offenstehe, die die Kontrolle über die Verwaltung auszuüben haben. Ein Beamter, der streike, mache sich des unentschuldigten Fernbleibens vom Dienste schuldig und habe alle Folgen dieses rechtswidrigen Verhaltens zu tragen. Ein Unterschied zwischen dem Fernbleiben von der Arbeitsstätte und der sogenannten passiven Resistenz könne nicht anerkannt werden. Auch diese werde die gleichen Folgen nach sich ziehen. Das ist der Wille der jetzigen Reichsregierung, wie es der Wille der vorigen gewesen ist. Am 20. Februar 1920 hatten wir im Reiche wie in Preußen Regierungen, die unter maßgebender sozialdemokratischer Führung standen, man wird also den heutigen Erlaß nicht als reaktionär verunglimpfen können. So denkt Herr Fehrenbach, so denken seine Ministerkollegen.

Ob aber die Beamtenschaft sich bei dieser Verwarnung beruhigen wird? Mit den Reichstagsparteien sind neue Verhandlungen eingeleitet, der von der Regierung gewiesene Weg ist also beschritten worden. Aber wie, wenn er nicht zum Ziele führt? Wenn zwar der gute Wille, zu helfen, vorhanden ist, die Möglichkeit zu seiner Durchführung aber absolut nicht gefunden werden kann? Das sind schwere Gewissensfragen. Es scheint fast so, daß auf diesem Gebiete, ebenso wie auf vielen anderen, zwar die Stelle, wo uns der Schuh drückt, sehr genau zu erkennen ist, daß aber kein Mensch zu sagen weiß, was werden soll.

*

Die Mindestforderungen.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorsitzender Wohlfahrtsminister Stegerwald) angeschlossen ist, hat der Regierung und dem Reichstag folgende Mindestforderungen überreicht:

Allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlages für sämtliche Beamte, besondere Fürsorge für die kinderreichen Familien, besondere Fürsorge für die Beamten in den Industriebezirken Rheinlands, Westfalens, Sachsens und Oberschlesiens, sofortige Inkraftsetzung des neuen Ortsklassenverzeichnisses in der Weise, daß einstweilen für die Orte über 10 000 Einwohner die neue Einteilung finanziell wirksam gemacht wird, Auszahlung der Beträge noch vor Weihnachten, Beibehaltung der Betriebszulage und Änderung des Paragraphen 25 des Besoldungsgesetzes in der vom Reichsgutachterausschuß verlangten Weise.

Der Gesamtverband verweist auf den Ernst der Lage und erwartet bestimmt die Erfüllung seiner Wünsche.

Stellungnahme des Hamburger Beamtenbundes.

Das Landeskartell Groß-Hamburg des Deutschen Beamtenbundes hat in einer außerordentlichen Ausschuß-Sitzung von Vertretern aller angeschlossenen Korporationen einschließlich der als Gäste anwesenden Vertreter der Hamburger Beamtenschaft eine Entschließung angenommen, in der ausgedrückt wird, daß das Bundeskartell geschlossen hinter der Forderung des Deutschen Beamtenbundes steht, da die wirtschaftliche Not der Beamtenschaft ihre Höchstgrenze erreicht habe. „Im Interesse des gesamten deutschen Volkes sei es notwendig, schnellstens und rücksichtslos von allen Ständen die Steuern einzufordern, wodurch eine Hebung der Valuta erreicht und die Kaufkraft der Mark verbessert werde. Großen Volksschichten und den Beamten würden bei Lohn- und Gehaltszahlungen die Steuern sofort einbehalten, so daß sich das Gerechtigkeitsgefühl empöre gegen die Kapitalsverschiebungen und Steuerhinterziehungen kapitalkräftiger Personen und Unternehmungen. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Beamten erforderlichenfalls auf Anweisung des Deutschen Beamtenbundes bewußt zum äußersten Mittel greifen würden.

*

Aeußerst ernste Lage wegen der neuen Beamtenforderungen.

Berlin, 9. Dezember. (tu.) In politischen Kreisen sieht man mit Sorge auf die neuen Beamtenforderungen. Reichsfinanzminister Wirth ist fest entschlossen, zurückzutreten, wenn für die Beamten mehr bewilligt wird, als ihnen wegen der Finanzlage zugestanden werden kann. Und vielleicht bleibt es nicht bei dem Rücktritt des Finanzministers. Auch der Reichskanzler wird, wie die Berliner Morgenpost erfährt, seinen Rücktritt erklären, wenn die Regierungsparteien sich nicht an die Vereinbarungen halten. In letzter Stunde haben gestern noch Verhandlungen stattgefunden, um eine Verständigung noch zu versuchen. So erwogen die Regierungsparteien, ob innerhalb der schon bewilligten Mittel vielleicht eine andere Lösung der Frage dergestalt möglich wäre, daß den Beamten ein Teuerungszuschlag gewährt und die Kinderbeihilfe entsprechend gekürzt werde. Die Reichsregierung aber erklärte, von ihrem Beschluß nicht abgehen zu können. Sie wies darauf hin, daß der Reichsrat keinesfalls zustimmen würde. Die Lage muß unter diesen Umständen als äußerst ernst bezeichnet werden.

Um Oberschlesien!

Korfanty rechnet mit einem deutschen Sieg.

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter erklärte Korfanty: „Sollte es den Deutschen durch die Zulassung der Ausgewanderten aus dem Reich gelingen, die Wagschale auf die andere Seite herunterzudrücken, so wird in Mitteleuropa ein zweites Mazedonien entstehen, denn das oberschlesische Volk würde sich mit diesem Zustand nie versöhnen und es würde mit der Waffe in der Hand seine Wünsche und Rechte verteidigen." Sogar Herr Korfanty scheint danach jetzt mit einem deutschen Abstimmungssiege in Oberschlesien zu rechnen.

Postkontrolle durch die Entente.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat jetzt die Einführung von technischen Postbeiräten verfügt. Diese Postbeiräte sind berechtigt, den gesamten Betrieb im Post-, Telegraph- und Fernsprechdienst zu kontrollieren. Diese Verordnung der J. A. K. erregt das höchste Bedenken. Die Verfügung dürfte seitens der J. A. K. mit dem ihr durch § 8 der Abstimmungsbedingungen (Art. 88 des Friedensvertrages) gegebenen Vollmachten begründet werden. Danach stehen ihr alle Maßnahmen frei, die zur Sicherung unbeeinflußter Abstimmung von ihr selbst für nötig gehalten werden. Die deutsche Bevölkerung kann sich nach den Erfahrungen im Polenaufruhr aber des Gefühls nicht erwehren, daß polnische und deutsche Taten nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden, und erblickt deshalb in der Postkontrolle eine neue Gefahr für ihre Handlungsfreiheit.

Gegen Fürstbischof Bertram.

Die polnischen Bischöfe haben ein Telegramm an den Papst gerichtet, in dem es heißt:

„Der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Bertram, hat **der oberschlesischen Geistlichkeit unter Androhung der Suspension**